Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 79 (1985)

Heft: 3

Rubrik: Zeichen der Zeit : vom dreifachen Versagen der europäischen Sozialdemokratie

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Vom dreifachen Versagen der europäischen Sozialdemokratie

Der Sozialismus wird nicht durch seine Gegner zugrunde gerichtet, sondern nur durch sich selbst. Die europäische Sozialdemokratie scheint dieses traurige Geschäft mit besonderer Gründlichkeit zu besorgen, indem sie gleich an drei Fronten versagt: Sie verliert den Friedenskampf, weil sie ihn nicht glaubwürdig führt, den Umweltkampf, weil sie falsche Prioritäten setzt, und den Kampf um eine klassenfreie Gesellschaft, weil sie die Machtfrage nicht mehr stellt.

Gewiss gibt es auch politische Aktivposten, die hier nicht genannt werden. Sollte z.B. zutreffen, was Bruno Kreisky am 22. Januar 1984 an einer SPD-Veranstaltung in München gesagt hat: dass es nämlich «die Wachsamkeit der Sozialdemokraten in der Sozialistischen Internationalen» gewesen sei, die «einen amerikanischen Angriff auf Nicaragua bislang verhindert» habe, dann dürfte dieses Verdienst in der Bilanz sozialdemokratischer Politik in Europa nicht fehlen.

Es geht mir jedoch nicht darum, Aktiven und Passiven miteinander zu verrechnen, sondern Fehlentwicklungen aufzuzeigen, um daraus Lehren zu ziehen. Auch für den – wenig erkennbaren – schweizerischen Weg zum Sozialismus.

Friedenspolitischer Januskopf

Die Friedenspolitik der europäischen Sozialdemokratie gleicht einem Januskopf mit zwei Gesichtern, einem oppositionellen und einem gouvernementalen: Mit dem oppositionellen Gesicht kehrt sie sich ab vom herrschenden (Nuklear-) Militarismus, mit dem gouvernementalen wendet sie sich ihm zu. Wo sozialdemokratische Parteien in der Opposition stehen, kämpfen sie für Abrüstung, sobald sie jedoch «Regierungsverantwortung» übernehmen, rüsten sie munter weiter.

Die extremste Kehrtwendung haben *Frankreichs Sozialisten* vollzogen. Im «Programme commun», das sie 1972 mit den Kommunisten zusammen erarbeitet hatten, forderten sie nichts weniger als die radikale Einschränkung der Waffenausfuhr, die sofortige Einstellung der Kernwaffentests, ja den Verzicht auf die «Force de frappe». Von all dem ist schon lange nicht mehr die Rede. Waffen werden genau so exportiert wie unter den Konservativen und mit dem gleichen opportunistischen Argument, damit 100'000 Arbeitsplätze erhalten zu «müssen». Auch die Atombombenversuche im Pazifik gehen weiter. Was François Mitterrand als Staatspräsident rechtfertigt, hat er 1965, damals noch Sozialist in der Opposition, unmissverständlich abgelehnt: «Wie könnte ich, ein entschiedener Gegner der atomaren Force de frappe, von den berechtigten Ängsten einer Bevölkerung ungerührt bleiben, deren Verbindung mit Frankreich dadurch belohnt wird, dass man ihr Land für Atombombenversuche benutzt?»

Einmal an der Regierung, fanden die Sozialisten ebenfalls an der «Force de frappe» Gefallen. Die «stratégie anti-cités» mit einer «Tötungskapazität» von 60 bis 80 Millionen Menschen in der Sowjetunion wurde unlängst, am 8. November 1983, sogar von den französischen Bischöfen abgesegnet. Und schon

entwickelt das sozialistisch regierte Frankreich seine eigene Neutronenwaffe, die Mitterrand erst 1980 noch mit klaren Worten verurteilt hat.

Ebenfalls 1980 schrieb Mitterrand in seinem Buch «Ici et maintenant»: «Genug von den Heucheleien der Amerikaner, die ihre Alliierten im Austausch gegen einen hypothetischen Schutz in den Rang von Satelliten setzen.» Doch derselbe Mitterrand plädierte am 20. Januar 1983 vor dem Deutschen Bundestag für die Raketenstationierung und leistete damit der Regierung Kohl/Genscher eine willkommene Wahlhilfe. Schon zuvor war zu hören gewesen, dass der französische Präsident den Verzicht auf die «Nachrüstung» als «die grösste Niederlage der freien Welt seit dem letzten Krieg» empfinden würde. Soweit hatte sich nicht einmal Mitterrands bürgerlicher Vorgänger Giscard d'Estaing vorgewagt, der sich vielmehr aus der Raketendiskussion heraushielt, um nicht als «Atlantiker» zu erscheinen.

Ausgerechnet die von einer pazifistischen Tradition geprägten französischen Sozialisten geben sich heute beunruhigt über den Pazifismus in der BRD. Ist das nicht blanker Zynismus, wenn wir bedenken, dass Frankreich die BRD als Glacis für die Verteidigung des eigenen «sanctuaire national» betrachtet? Was Frankreichs Sozialisten mit ihrer Abschreckungsstrategie schützen wollen, bleibt ohnehin unerfindlich. Ein Vergeltungsschlag gegen die Sowjetunion hätte zwangsläufig die Vernichtung Frankreichs durch russische Atomwaffen zur Folge. Welcher Präsident, Sozialist, Mensch, könnte je die Verantwortung auf sich nehmen, zunächst 60 bis 80 Millionen Menschen in der Sowjetunion auszulöschen und anschliessend auch noch das Ende Frankreichs herbeizuführen?

Die Kehrtwendung der französischen Sozialisten vom Pazifismus zum (Nuklear-)Militarismus ist leider kein Einzelfall. Eine ähnliche Fehlentwicklung beobachten wir zur Zeit bei den *spanischen Sozialisten*. Sie, die eben noch – in der Opposition – den Nato-Beitritt ihres Landes vom 30. Mai 1982 abgelehnt haben, machen sich heute – in der Regierung – für den Verbleib Spaniens in diesem Bündnis stark. Doch welche «Sicherheit» erwarten sie von der Nato? Können sie die Planspiele des Pentagons übersehen, die in Spanien den Einsatz von Atomwaffen als «Notaktion» gegen die sowjetische Flotte vorsehen? Können sie vergessen, wie der wichtigste Bündnispartner die Franco-Diktatur mit Finanz- und Militärhilfe alimentiert und selbst den Militärputsch vom Februar 1981 nur als «interne Angelegenheit» Spaniens bezeichnet hat? Noch im letzten Februar ist eine Spionageaffäre aufgeflogen, in die zwei amerikanische Diplomaten verwickelt waren, weil sie versucht hatten, die Gespräche des sozialistischen Ministerpräsidenten mit dem König abzuhören. Wenn also der Verbleib Spaniens in der Nato eines nicht ist, dann – trotz aller gegenteiligen Propaganda – ein Beitrag zur Stärkung der jungen Demokratie. Glauben die spanischen Sozialisten wirklich, was sie heute sagen, oder lassen sie sich erpressen durch die europäischen Nato-Staaten, die den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft von dessen Verbleib in der Nato abhängig machen?

Etwas anders liegen die Verhältnisse im *Griechenland der Pasok-Regierung von Andreas Papandreou*. Hier stimmt wenigstens die sozialistische Rhetorik, die sich mit viel Pathos von der Nato distanziert und den Abzug aller amerikanischen Atomwaffen aus Hellas fordert. Warum aber folgen dieser Rhetorik nicht auch Taten, z.B. wenn es ums Aushandeln neuer Stationierungsverträge mit den USA geht? Bei näherem Hinsehen zeigt sich leider, dass Papandreous Politik nicht so sehr antimilitaristisch motiviert als vielmehr gegen einen anderen «Hauptfeind» der Griechen, den Nato-Partner Türkei, gerichtet ist. Dabei hätten auch die Griechen allen Grund, der

Nato zu misstrauen. Lief doch schon der von den USA unterstützte Obristen-Putsch von 1967 nach dem berüchtigten Plan «Prometheus» ab, den die Nato für den Fall eines Umsturzes entworfen hatte. Und noch in diesem Frühjahr hat dem «Nato Defence College» in Rom ein analoges Drehbuch vorgelegen, das nach einem nächsten Wahlsieg der Linken erneut die Militärs an die Macht bringen würde. Nato und Sozialismus schliessen sich offensichtlich aus. Es ist das vorrangige Ziel der westlichen Militärallianz, die Hegemonie der eigenen Führungsmacht zu sichern. An deren Interessen findet jede nationale Selbstbestimmung ihre Grenzen.

Das andere, das pazifistische Janusgesicht der europäischen Sozialdemokraten tritt immer dort hervor, wo sie von der Regierungsmacht verdrängt werden. Erst in der Opposition wagen viele von ihnen zu sagen, was sie denken (sofern sie überhaupt an etwas anderes als an Parlaments- und Regierungssitze denken). So musste die *SPD* erst einmal wieder die Bänke der Opposition drücken, bis Willy Brandt zu bekennen wagte, er habe den Nato-Nachrüstungsbeschluss nie aus Überzeugung, sondern stets nur aus Loyalität zum sozialdemokratischen Bundeskanzler unterstützt, oder bis ein SPD-Parteitag am 20. November 1983 in der Lage war, die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in der BRD abzulehnen. Auch das Manifest der *Labour Party* zu den Wahlen vom 9. Juni 1983 verlangte, was die von ihr gebildeten Regierungen nie verwirklichen wollten: den gänzlichen Abbau der britischen Nuklearrüstung innerhalb von fünf Jahren. Unter dem neuen Labour-Chef Neil Kinnock wird schon wieder kräftig zurückbuchstabiert, um möglichst bald regierungsfähig zu werden. . .

Ökologisches Unvermögen

Das jüngste Menetekel für das gebrochene Verhältnis der europäischen Sozialdemokratie zur Ökologie-Frage heisst «*Hainburg*». Dort wollte die österreichische Bundesregierung des Sozialisten Fred Sinowatz den grössten zusammenhängenden Auwald in Europa zerstören, um ein Wasserkraftwerk zu bauen. Dabei ging es ihr nicht einmal um Energiepolitik, sondern um Beschäftigungspolitik für eine überdimensionierte Bauwirtschaft. Die regierenden Sozialisten standen unter dem massiven Druck der Gewerkschaften, die auch nicht davor zurückschreckten, Arbeiter gegen Studenten aufzuhetzen.

Was die Regierung Sinowatz am 19. Dezember anrichtete, als 900 Polizisten das Gelände mit Polizeiknüppeln, wasserspeienden Tankwagen und Hunden stürmten, das waren «verheerende Schäden in den Herzen junger Menschen», wie es Wiens Erzbischof Franz Kardinal König ausdrückte. Der Konflikt eskalierte nicht nur zum «Tag der nationalen Schande», sondern auch zum Tag der Schande für die ganze europäische Arbeiterbewegung. Denn betroffen sind alle, die sich «Sozialisten» nennen, gerade weil der Sozialismus ein Internationalismus ist oder jedenfalls sein sollte. Die empfindliche Reaktion von Sinowatz und Co. gegenüber der Kritik aus dem Ausland zeigt umgekehrt, wie wenig internationalistisch die Arbeiterbewegung heute denkt, in Österreich wie anderswo. Über die nationalen Grenzen hinaus denkt man wohl nur noch, wenn es darum geht, die eigenen Kraftwerke auf dem schweizerischen Anleihenmarkt zu finanzieren. . .

Sinowatz will aber nicht nur am Kraftwerk Hainburg festhalten, er will neuerdings auch das stillgelegte Atomkraftwerk Zwentendorf in Betrieb nehmen und zu diesem Zweck die Volksabstimmung über das Atomsperrgesetz wiederholen. Auf die Jugend und auf die kritische Intelligenz braucht er keine Rücksicht mehr zu nehmen. Beide hat die SPÖ nach Hainburg ohnehin verloren.

Auch in *Frankreich* sind die «écologistes» die Geprellten des 10. Mai 1982. Hatten es die Sozialisten im Wahlkampf noch fertiggebracht, sich den Umweltschutz ideologisch zuzuordnen, so blieb davon nach ihrem Wahlsieg nichts mehr übrig. Um einer angeschlagenen Automobilindustrie beizustehen, setzt sich die französische Regierung über «le Waldsterben» süffisant hinweg und klagt vor dem Gericht der Europäischen Gemeinschaft gegen die konservative bundesdeutsche Regierung, weil diese ab 1989 Katalysatoren für die Autoabgase vorschreiben will.

Besonders stolz sind die französischen Sozialisten auf ihren «KKW-Vorsprung» in Europa. Statt projektierte Atomkraftwerke zu stoppen, wie vor den Wahlen versprochen, wird ihr Bau vorangetrieben. Zusätzliche Kernkraftwerke werden exportiert, im Zuge des «neuen Realismus» von Mitterrands Afrikapolitik sogar an das Regime des Königs Hassan von Marokko. Entgegen einem weiteren Wahlversprechen soll sich die Kapazität der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague von 400 Tonnen auf 1600 Tonnen jährlich erhöhen. Tränengaseinsätze der Bereitschaftspolizei CRS gegen Kernkraftgegner gehören heute genau so zur Tagesordnung wie zu Zeiten der bürgerlichen «Majorité».

Einzig *Schwedens Sozialdemokraten* planen eine Zukunft ohne Kernkraftwerke, allerdings erst ab dem Jahr 2010. Und bis dahin ist es noch lang. Das elfte und zwölfte Kernkraftwerk wurden ja eben erst dem Betrieb übergeben. Ob sich in der *SPD* der «Ökosozialismus» durchsetzen wird, ist noch ungewiss. Aber zweifellos hat er durch den Wahltriumph von Oskar Lafontaine am 10. März im Saarland einen nicht zu unterschätzenden Auftrieb erhalten. Darin zeichnet sich aber auch wieder die Gefahr ab, dass Ökologie zu sehr davon abhängig gemacht wird, dass sie beim Wähler ankommt bzw. von der «grünen» Konkurrenz erzwungen wird.

Ökologie und Sozialismus müssen jedoch schon im Grundsätzlichen zusammenfinden. Oder wie Oskar Lafontaine sagt: «Der andere Fortschritt hat einen Namen: Ökosozialismus. Er verbindet den Kampf gegen die Ausbeutung des Menschen mit dem Kampf gegen die Ausbeutung der Natur» (in: Der Spiegel, 4. Februar 1985, S. 77). Es gibt keinen Sozialismus ohne sorgsamen Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und keine Ökologie ohne demokratisch geplante Wirtschaft, also ohne Sozialismus. Nicht durch die weitere Entfesselung der Produktivkräfte, wie Marx meinte, sondern nur durch ihre Bändigung kann uns die «Humanisierung der Natur» und die «Naturalisierung des Menschen» noch gelingen.

Die nicht (mehr) gestellte Machtfrage

Es ist der schiere Opportunismus der Machterhaltung, der hinter dem Versagen der europäischen Sozialdemokratie im Friedens- und Umweltkampf steht. Macht, die um ihrer selbst willen angestrebt wird, ist nicht nur unmoralisch und macht nicht nur korrupt, sondern sie bewirkt auch nichts, läuft leer, zementiert Bestehendes, ist, gemessen an den sozialistischen Zielen, Ohnmacht.

Solche Ohnmacht kennzeichnet heute die gesamte europäische Sozialdemokratie, und nicht nur dort, wo sie, um zu regieren, auf bürgerliche Koalitionspartner angewiesen ist. Dort freilich kann es zur grotesken Situation kommen, dass ihre Minister zu reinen Statisten, wenn nicht zu Bütteln des Kapitals, verkommen. In Italien z.B. ging *Bettino Craxis* Bubentraum, Ministerpräsident zu werden, nur dadurch in Erfüllung, dass er sich den Christlichdemokraten als sozialistischer Strohmann andiente. Was kann er heute anderes, als bürgerliche Ökonomie exekutieren und Reagans Weltraumpläne belobigen? Aber wollte er jemals etwas anderes?

Dass es daneben Sozialisten gibt, die lieber mit bürgerlichen Parteien zusam-

men den Kapitalismus retten als mit Kommunisten gemeinsam den Sozialismus wagen, zeigt die *portugiesische Tragödie.* Bei den Wahlen vom 25. April 1983 haben die Sozialisten 36 und die Kommunisten 18 Prozent der Stimmen erhalten. Das reichte für eine regierungsfähige absolute Mehrheit der beiden Parteien. Statt dessen verbündet sich Sozialistenchef Mario Soares lieber mit den weit rechts stehenden «Sozialdemokraten», um sich dem Internationalen Währungsfonds und der EG als Garant kapitalistischer Systemerhaltung anzupreisen. Entgegen dem klaren Volkswillen verhindert er die Agrarreform und macht er sogar eine Reihe von Verstaatlichungen rückgängig. Was aber ist das für ein Sozialismus, der eine, zweifellos vorhandene, schwere ökonomische Krise nur nach Rezepten des IWF lösen will, wo er sich doch auf ein ungeheures Potential an systemüberwindender Self-Reliance im eigenen Volk stützen könnte? Vielleicht wird die eben gegründete «Erneuerungspartei» von Staatspräsident Eanes dem sozialistischen Veränderungswillen des portugiesischen Volkes besser entsprechen und den Sozialisten bei den nächsten Wahlen die Quittung präsentieren. Ändern sollten sich allerdings auch die Kommunisten. Sie erscheinen in ihrem Denken und Handeln noch so wenig demokratisch, dass sie Mario Soares den Antikommunismus zu leicht machen.

Macht kann Sozialisten hypnotisieren, so sehr, dass sie, um daran zu bleiben, selbst mit einer Partei koalieren, die zu 40 Prozent aus alten und neuen Nazis besteht. So geschehen in *Österreich* nach den Wahlen vom 24. April 1983. Der Fall des Verteidigungsministers Friedhelm Frischenschlager, der es sich nicht nehmen liess, die Rückkehr des NS-Kriegsverbrechers Reder aus Italien persönlich zu feiern, brachte es an den Tag, welchem Ungeist die SPÖ zu politischer Reputation verholfen hat. Diese Öffnung nach Rechtsaussen, nur um an der Macht zu bleiben, muss für den demokratischen Sozialismus tödlich enden. Wo die Machterhaltung zur Liquidation der wichtigsten Grundsätze führt, werden die eigenen Wählerschichten verunsichert, entideologisiert, der politischen Moral entwöhnt. Das nächste Wahldebakel kommt bestimmt. Wenn der Wähler schon den Leistungsausweis einer alleinregierenden SPÖ nicht honoriert hat, wie soll die SPÖ dann nach einer Koalition mit der FPÖ besser dastehen?

Selbst dort, wo die Sozialisten allein regieren, gelangen sie über die Verwaltung des Bestehenden nicht hinaus. In *Griechenland* stimmt, wie gesagt, wenigstens die Rhetorik, auch wenn von der angekündigten «Allagie» (Änderung) nicht viel zu spüren ist. Papandreou sprach am ersten Pasok-Kongress vom 13. Mai 1984 von der «Unentbehrlichkeit der intermediären Entwicklungsstadien», womit er zwischen langfristigen Zielen und gegenwärtigen Bedürfnissen unterscheiden wollte. «Parusieverzug» auf sozialistisch?

In *Spanien* vermeidet die SP, die am 28. Oktober 1982 eine absolute Parlamentsmehrheit gewonnen hat, nicht nur die verbale Referenz gegenüber dem Marxismus, sie will auch von einem Bruch mit dem Kapitalismus nichts wissen. Die blasse Utopie einer «solidarischen Gesellschaft» soll eine zentristische Reform- und Konsenspolitik kaschieren. Allenfalls heisst es noch, die Wirtschaft müsse zuerst auf den europäischen Stand gebracht werden, erst anschliessend könne man an Sozialismus denken... «Der Sozialismus ist verschwunden, nur die Sozialisten sind noch übriggeblieben», höhnt Fraga Iribarne, der Vorsitzende der reaktionären Alianza Popular.

Ein nochmals anderes Lehrstück bieten die *französischen Sozialisten.* Im Gegensatz zu ihren iberischen Genossen sind sie mit dem Wahlversprechen einer «politique de rupture» angetreten. Was der ersten sozialistischen Regierung un-

ter Pierre Mauroy fehlte, war denn auch nicht der Wille, den Kapitalismus zu überwinden, sondern die Volksmehrheit, die bereit gewesen wäre, diesen Willen in ökonomisch schwierigen Zeiten nachzuvollziehen. Die Sozialisten sind eben nicht gewählt worden, weil das Volk sozialistisch geworden wäre, sondern weil es der Politik Giscard d'Estaings und seiner «Majorité» überdrüssig war. Darum müssen sie gegenüber der Macht des Kapitals versagen, so gute Leistungen sie daneben etwa in den Bereichen der Frauenrechte, der Kulturpolitik und der Justiz vorweisen können. Ja, sie haben die Machtfrage bislang nicht einmal gestellt, ausser auf dem Nebenkriegsschauplatz des Schulwesens, wo sie ihren nutzlosen und kontraproduktiven Kampf gegen das neu-alte Bündnis von Katholizismus und Besitzbürgertum nach der Grossdemonstration vom 24. Juni 1984 prompt verloren.

Die ökonomischen Bedingungen der französischen Regierungspolitik diktiert heute wieder mehr denn je das kapitalistische System, darin sekundiert durch «Sachzwänge» wie Zahlungsbilanz, Dollarkurs, Europäische Währungsschlange und weltwirtschaftliche Depression. Obschon sich die kapitalistischen Unternehmer als unfähig erwiesen, die notwendigen Innovationen in der Wirtschaft herbeizuführen, haben die Sozialisten dieses Führungsvakuum nicht genutzt, um es mit einer wenigstens paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmer als – wohl unvermeidlicher – Etappe auf dem Weg zur «autogestion» zu füllen. «Autogestion» haben sie vor den Wahlen zwar versprochen, verwirklicht wurde jedoch nur ein Mitspracherecht, das die Entscheidungsfreiheit der Arbeitgeber nicht berührt.

Mit dem neuen Ministerpräsidenten Laurent Fabius hat die Linke den drohenden bürgerlichen Wahlsieg vom nächsten Jahr gleich selber «eskomptiert» (wie das in der Börsensprache heisst). Die Steuerlasten der Unternehmer wurden verringert, die Krankengelder und die Arbeitslosenentschädigungen dafür massiv gekürzt. Dadurch soll das Investitionsklima verbessert werden. Als ob das Problem nicht darin läge, dass nach Berechnungen der Gewerkschaft CFDT das Besitzbürgertum 80 Prozent seines Vermögens in Immobilien und nur 10 Prozent in den Produktionsprozess fliessen lässt. Und wie sollen diese Investitionen sinnvolle Arbeitsplätze garantieren, wenn jede Kontrolle des Staates und jede Mitentscheidung der Arbeitnehmer entfällt? Der gegenwärtige «socialisme en supens» stärkt nur das Kapital. Und dieses wird sich dem Sozialismus dafür nicht im geringsten erkenntlich zeigen.

Frankreichs Sozialisten ist allenfalls zugute zu halten, dass sie zu «ihrer» Politik eigentlich nichts zu sagen haben. Eines ihrer Probleme heisst eben auch François Mitterrand. Er ist es, der einen Pierre Mauroy entlässt oder eine Loi Savary zurückzieht, ohne sich mit den Betroffenen, der Fraktion oder gar der Parteibasis auszusprechen. Er gefällt sich zu sehr als Inhaber jenes «gouvernement personnel», das er 1964 als «permanenten Staatsstreich» verurteilt hat. Nun praktiziert er ihn selber – gegen die Linke, die ihn gewählt hat.

Das Versagen der europäischen Sozialdemokratie lehrt, dass es unmöglich ist, den Sozialismus über den Staat einzuführen. Der Sozialismus kann nur von unten, aus der Gesellschaft heraus wachsen: als Ethik, als Kultur, als gemeinsame Perspektive der neuen sozialen Bewegungen, der vielen «Inseln der Zukunft» im Bereich der Selbstverwaltung, aber auch als gewerkschaftlich erkämpfte Mitbestimmung. Eine sozialistische Regierung kann diesen «Sozialismus von unten» fördern, ihn durch eine sozialistische Rechtssetzung ergänzen, aber sie kann ihn nicht ersetzen. Otto Bauer hat das einmal auf die Formel gebracht: «Wähler gewinnen ist wichtig, Sozialisten gewinnen wichtiger.»